

(Abgeordneter Dr. Seyfert.)

(A) gessen, daß doch außerordentlich große Schwierigkeiten den Gesellschaften und auch den staatlichen Unternehmungen gemacht werden

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

und sich ihnen natürlich auch entgegenstellen. Es ist bedauerlich, daß in der bedeutsamen Kolonisation unseres Ostens ein Stillstand einzutreten scheint. Es sind im Jahre 1911 1400 Renten- und Pachtstellen vergeben worden, im Jahre 1912 nur noch 864. Die Ansiedlungskommission klagt darüber, daß ihr nicht genügend Land zur Verfügung gestellt wird. Es besteht die Gefahr, daß diese Arbeit, wenn nicht erneut darauf hingewiesen wird, wie notwendig sie ist, ins Stocken kommt.

Es ist vielleicht auch zweckmäßig, darauf hinzuweisen, welche große Arbeit bei der Moor- und Heidkultur vorliegt, wo noch 1 Million Hektar bebauungsfähiges Land vorhanden ist und Professor Fleischer nachgewiesen hat, daß auf diesem Areal 6700 größere und kleinere Siedlerfamilien untergebracht werden könnten. Dieser Aufgabe gegenüber, meine ich, müßte man das Zeitmaß etwas beschleunigen. Wenn ich darauf hinwies, daß gewisse Schwierigkeiten entstehen, so liegt es mir ob, das auch mit ein paar Worten zu begründen.

Es haben die Bauernsiedlungen große Erfolge gehabt. Ich könnte dies aus den Berichten aus diesen Kolonien selbst nachweisen. Aber es hat begreiflicherweise das Bemühen, Arbeitersiedlungen zu schaffen, doch erheblich größere Schwierigkeit bereitet, als man von vornherein gedacht hat. Es ist ja auch hier darauf hingewiesen worden, daß dies eine der schwersten Aufgaben für die innere Kolonisation ist. Vom Evangelischen Arbeiterverein ist noch auf einen anderen Gesichtspunkt hingewiesen worden, nämlich auf die Arbeiterpolitik, die vielfach auf landwirtschaftlichem Gebiete getrieben wird. Auf einer Versammlung in Königsberg hat der Evangelische Arbeiterverein für die Landarbeiter folgendes gefordert. Es müssen nationale Arbeitervereinigungen auf dem Lande gegründet werden, paritätische Arbeitsnachweise, Arbeiterausschüsse, Baugenossenschaften, Spar- und Darlehnskassen müssen gegründet werden, es muß die allgemeine Fortbildungsschulpflicht für Preußen durchgeführt werden, und es muß eine Reform der Gesindeordnung eintreten. Ja, meine Herren, die Reform der Gesindeordnung scheint doch ein ganz wesentlicher und notwendiger Bestandteil auch dieser Bestrebungen zu sein, und es ist interessant, daß ein so bedeutsames Organ wie „Das Land“ von Sohney diese Frage in folgenden Worten betont:

„Soll der Arbeiter als ein notwendiges Glied in den dörflichen Organismus eingefügt werden und sich

wohl fühlen, so muß zunächst mit allem Nachdrucke die (C) Eisehung der alten Gesindeordnung durch neuzeitliche Bestimmungen gefordert werden.“

Weiter will ich nicht zitieren.

Meine Herren! Es sind natürlich mit der Form, in der bisher die Frage der Kolonisation betrieben worden ist, auch Bedenken verbunden. Es ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß sich, wenn sich der Staat oder wenn sich öffentliche Instanzen in die Frage mischen, dadurch die Bodenpreise außerordentlich steigern. Die Ansiedlungskommission hat im Jahre 1886 für 1 ha 601 M. bezahlt, im Jahre 1910 bereits 1349 M. Es ist ein Hindernis die Art der Beleihung gewesen. Die Banken, die sich mit dem Verkaufe, dem Verschlagen von Gütern befaßten, klagten vor allen Dingen darüber, daß bei Kurschwankungen, bei Rentenbeleihungen außerordentlich starke Verluste bestehen, und drängen auf eine Verbeleihung hin. Ja, überhaupt die Art der Beleihung, die Höhe der Beleihungen bedeutet eine Schwierigkeit; denn die Beschaffung von Bargeld ist selbstverständlich immer das wichtigste Mittel für diese innere Kolonisation.

Man hat auch nicht ohne ein gewisses Mißbehagen darauf hingewiesen, daß mitunter die Frage doch etwas bureaukratisch aufgefaßt werde und daß sie sich wenn sie im freien Verkehre bliebe, doch vielleicht schneller und leichter lösen ließe. (D)

Auch die falsche Politik in einzelnen Gemeinden wird erwähnt, daß es Gemeinden gebe, die keine fremden Elemente in ihren Reihen dulden wollten, die sich vor allen Dingen den kinderreichen Familien gegenüber außerordentlich ablehnend verhielten. Solche Dinge werden selbstverständlich niemals ausscheiden, und sie werden immer Schwierigkeiten für die Bewegung bedeuten.

Wir haben nun die Meinung, daß das, was hier geschehen muß, nicht etwa allein Sache eines Bundesstaates sei, sondern daß es die Gesamtheit des Deutschen Reiches angehe, was hier geschehe. Immerhin aber haben wir uns doch auch die Frage vorzulegen, ob uns etwa gewisse Vorgänge auf dem Grundstücksmarkt in Sachsen zur Aufmerksamkeit zwingen. Und darüber nun einiges Weitere!

Es sind ja — das brauchte ich kaum zu sagen — zwei Schädigungen, die vor allen Dingen der Landwirtschaft das Leben erschweren, einmal die Güterschlächtereien, und auf der anderen Seite das Aufkaufen von kleinen und mittleren Gütern durch den Großgrundbesitz. Der Güterschlächtereien ist man in Sachsen ja bereits energisch und mit vollem Erfolge zu Leibe gegangen. Auf Grund der Gewerbeordnung sind eine Reihe von Ausführungsverordnungen erschienen, die den gewerbsmäßigen Grund-